

Resolution

Mit der erfolgreichen Landtagswahl vom 27. Januar 2008 haben die Bürgerinnen und Bürger in Hessen für eine neue Politik gestimmt. Gerade das herausragende Ergebnis in Marburg war ein klares Signal gegen Studiengebühren, gegen den Ausverkauf unseres Krankenhauses und für eine bessere Bildungspolitik.

An den Aufgaben, für die es eine Mehrheit gab und gibt, hat sich nichts geändert. Zu der angekündigten Neuwahl werden wir noch einmal erfolgreich deutlich machen, dass es um eine bessere Politik für Hessen geht. Nur eine starke SPD steht für einen Politikwechsel für mehr Solidarität, mehr Freiheit, mehr Gerechtigkeit und eine bessere Zukunft für alle:

- weil wir eine Schule wollen, die sich nach den Kindern richtet und nicht umkehrt, weil wir Chancengleichheit wollen und weil G8 abgeschafft werden muss und nicht verschlimmbessert
- weil wir für Armutsbekämpfung, sozialen Ausgleich und gerechte Chancen für alle stehen und endlich die Folgen der „Operation düstere Zukunft“ beseitigt werden müssen
- weil nur wir sicherstellen, dass die Studiengebühren abgeschafft sind und bleiben
- weil wir für die energiepolitische Wende für Umwelt und Wirtschaft einstehen statt energiepolitischer Feigenblätter der Immer-noch-Landesregierung
- weil wir nicht länger zusehen wollen, wie die Privatisierung der Kliniken den Aktionären Gewinne auf Kosten der Patienten und der Beschäftigten einbringt
- weil Roland Koch immer noch da ist!

Dass wir vor Neuwahlen stehen ist auch die Folge einer beispiellosen Kampagne gegen Andrea Ypsilanti und gegen uns. Selten ist ein Politiker für die Umsetzung seiner politischen Ziele so mit Diffamierungen und Häme überzogen worden. Andrea Ypsilanti wurde gescheitert.

Andrea hat für eine andere Politik, für und mit uns gekämpft. Wir erklären uns mit Andrea solidarisch und freuen uns, dass sie auch weiter an führender Stelle in der hessischen SPD wirkt.

Ein offener und transparenter Prozess zur Regierungsübernahme unter Tolerierung der Linken hat ein jähes Ende genommen.

Am 3.11. haben sich vier Abgeordnete aus der sozialdemokratischen Solidarität verabschiedet. Das Verhalten dieser vier Personen kann nicht gebilligt werden. Eine Gewissensentscheidung verdient Respekt. Durch die Weigerung, auf das Mandat zu verzichten und so die Regierungsfähigkeit der SPD zu erhalten, wurde der Vorgang aber zu einer politischen Handlung gegen die Sozialdemokratie. Deshalb ist ein freiwilliges Verlassen unserer Partei und das Niederlegen ihrer Mandate die einzig akzeptable Lösung. Wenn das aber nicht geschieht, vertrauen wir darauf, dass die zuständigen Gremien – die Bezirke - die richtigen Maßnahmen ergreifen.

Der Aufbruch in die Soziale Moderne ist unterbrochen, aber keinesfalls beendet. Kämpfen wir in den nächsten Wochen für die Umsetzung unserer Ziele. Hessen hat eine bessere Regierung verdient. Am 18 Januar wird das umgesetzt. Dafür stehen Thorsten Schäfer-Gümbel und mit ihm die Marburger SPD.